

Ortsbeirat Lützellinden

Geschäftsstelle Ortsbeiräte
Auskunft erteilt: Frau Braungart
Südanlage 5, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1075
Telefax: 0641 306-2700
E-Mail: ortsbeiraete@giessen.de

Datum: 30.10.2007

Niederschrift

zur 9. Sitzung des Ortsbeirates Lützellinden
am Dienstag, dem 30.10.2007,
im Haus der Gemeinschaft, An der Schule 3, 35398 Gießen-Lützellinden.
Sitzungsdauer: 20:00 - 23:05 Uhr

Teilnehmer/-innen:

Herr Jörg Asboe	CDU	
Herr Markus Sames	CDU	
Herr Carsten Zörb	CDU	
Herr Rolf Luh	LWG	
Frau Petra Norsch	LWG	
Herr Uwe Schmidt	LWG	
Frau Julia Kreiling	SPD	
Herr Rolf Krieger	SPD	
Frau Elke Koch-Michel	Bürgerliste Lützellinden	

Vom Magistrat:

Herr Dr. Volker Kölb	CDU	Stadtrat
----------------------	-----	----------

Schriftführer/-in:

Frau Sandra Walther

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift der 8. Sitzung am 12.09.2007
4. Ergebniskontrolle der Anträge aus den letzten Sitzungen

5. Entwurf der Geschäftsordnung für die Ortsbeiräte;
Schreiben des Rechtsamtes vom 26.07.2007 (liegt bereits vor)
- 5.1. Geschäftsordnung der Ortsbeiräte OBR/1298/2007
- Antrag der Bürgerliste Lützellinden und der LWG-Fraktion vom 19.10.1007 -
6. Schülerbetreuung an der Grundschule in Lützellinden OBR/1292/2007
- Antrag der Bürgerliste Lützellinden vom 19.10.2007 -
7. Änderung des Schulwegeplanes im Stadtteil Lützellinden OBR/1293/2007
- Antrag der Bürgerliste Lützellinden vom 19.10.2007 -
8. Sanierung Bitzenstraße OBR/1294/2007
- Antrag der Bürgerliste Lützellinden vom 19.10.2007 -
9. Kreisverkehr Lützellinden/Allendorf/Kleinlinden; OBR/1295/2007
hier: Abhalten einer Beratungsveranstaltung und
Hinzuziehung von Sachverständigen
- Antrag der Bürgerliste Lützellinden vom 19.10.2007 -
10. Untersuchung der Kanäle im Stadtteil Lützellinden; OBR/1296/2007
hier: Unzureichende Antwort des Magistrats zum
Kanalnetz in Lützellinden
- Antrag der Bürgerliste Lützellinden vom 19.10.2007 -
11. Verkehrsführung Buslinie 11 OBR/1297/2007
- Antrag der Bürgerliste Lützellinden vom 19.10.2007 -
12. Interkommunales Gewerbegebiet "Pfaffenpfad" und OBR/1299/2007
Großgewerbefläche Lützellinden;
hier: Unzureichende Antwort des Magistrats
- Antrag der Bürgerliste Lützellinden und der LWG-Fraktion vom 21.10.2007 -
13. Bürgerversammlung zum Thema "gewerbliche Großfläche OBR/0379/2006
in Lützellinden" und "Rechtenbacher Hohl";
Antrag der Bürgerliste Lützellinden vom 02.09.2006
14. Überprüfung des Bebauungsplanes "Rechtenbacher Hohl" OBR/1300/2007
- Antrag der Bürgerliste Lützellinden und LWG-Fraktion vom 21.10.2007 -

15. Verwendung der Gebäude der Feuerwehr; OBR/1305/2007
Gemeinsamer Antrag des Ortsbeirates Lützellinden vom
19.10.2007
16. Mitteilungen und Anfragen
17. Bürgerfragestunde

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung und Begrüßung

Ortsvorsteher Asboe eröffnet die 9. Sitzung des Ortsbeirates und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass der Ortsbeirat beschlussfähig.

Ortsvorsteher Asboe bedankt sich bei den Ortsbeiratsmitgliedern, dass sie der kurzfristigen Terminverlegung für die Sitzung zugestimmt haben. Ebenso bedankt er sich bei der evangelischen Gemeinschaft, dass sie die Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt haben.

2. Feststellung der Tagesordnung

Frau Koch-Michel weist darauf hin, dass versehentlich von der Geschäftsstelle der TOP „Bürgerversammlung zum Thema ´gewerbliche Großfläche in Lützellinden´ und ´Rechtenbacher Hohl´“, OBR/0379/2006, nicht mit in die Tagesordnung aufgenommen wurde und heute auf die Tagesordnung genommen werden sollte.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch, die Tagesordnung ist somit geändert beschlossen und die Vorlage wird unter TOP 13 behandelt.

3. Genehmigung der Niederschrift der 8. Sitzung am 12.09.2007

In der vg. Niederschrift zum Thema Basketballkorb (TOP 13 „Mitteilungen und Anfragen) möchte Frau Koch-Michel das Wort „**demnächst**“ durch „**im Oktober**“ ersetzt haben.

Das Protokoll wird in der geänderten Form einstimmig genehmigt.

4. **Ergebniskontrolle der Anträge aus den letzten Sitzungen**

Informationen zur Erschließung des Gewerbegebietes „Rechtenbacher Hohl“; 1. Bauabschnitt

Frau Koch-Michel möchte wissen, wer der Straße bereits den Namen „Karl-Kling-Straße“ gegeben hat.

Dorfplatz Lützellinden; Antrag der LWG-Fraktion vom 01.09.2007, OBR/1197/2007

Frau Koch-Michel möchte bzgl. des Problem mit den Jugendlichen wissen, ob, sollten die Öffnungszeiten verlängert werden, die Stadt Gießen für weiteres Personal sorgt. Weiter möchte sie wissen, ob die Stadt Gießen die Personalkosten bzw. Aufwandsentschädigungen für das Personal zahlt, da der CVJM ein Verein sei und Personalkosten nicht (sehr lange) tragen könne.

Wasserrückhaltebecken; Hinweis von Frau Koch-Michel in der 8. Sitzung des Ortsbeirates am 12.09.2007 zur Stellungnahme des Magistrats vom 09.08.2007, OBR/1054/2007

Haltestelle Taunusstraße; Bitte des Ortsbeirates in der 7. Sitzung am 17.06.2007, TOP 8

Flurbereinigungsplan Gießen-Kleebach

Kreisverkehr Lützellinden/Kleinlinden/Allendorf; Antrag der Bürgerliste Lützellinden vom 01.09.2007, OBR/1199/2007

Interkommunales Gewerbegebiet „Pfaffenpfad“; Antrag der LWG-Fraktion vom 01.09.2007, OBR/1198/2007

Änderung der Wertigkeit der Lindenstraße und Taunusstraße nach der Straßenbeitragsatzung; Antrag der Bürgerliste Lützellinden vom 01.09.2007, OBR/1200/2007

Grundhafte Erneuerung der Rheinfelser Straße – 2. Bauabschnitt

Kanalbaumaßnahme; Antrag der Bürgerliste Lützellinden vom 01.09.2007,
OBR/1201/2007

Frau Koch-Michel bemängelt, dass die Ortsbeiratsmitglieder, die nicht Stadtverordnete sind, nicht über das Protokoll der Stadtverordnetenversammlung zu diesem Punkt informiert wurden.

Weiter kritisiert sie, dass bis heute nicht beantwortet wurde, wann der Kanalabschnitt zwischen Hörnsheimer Straße und Kleebergstraße untersucht wurde und welches Ergebnis diese Untersuchung gebracht habe.

Grundhafte Erneuerung der Rheinfelser Straße – 2. Bauabschnitt

Straßenbaumaßnahme; Antrag der Bürgerliste Lützellinden vom 01.09.2007,
OBR/1202/2007

Frau Koch-Michel kritisiert, dass folgendes nicht beantwortet wurde:

Punkt 5 „An welchen und an wie vielen Stellen wurden Bodenuntersuchungen und von wem durchgeführt“ **und Punkt 6** „Handelt es sich bei der Maßnahme Rheinfelser Straße gemäß § 1, 1 Straßenbeitragsatzung um einen Umbau (Erneuerung) oder einen Ausbau (Erweiterung) und welche bautechnische/baurechtliche Definition ist hinter der Begrifflichkeiten zu verstehen.“

Weiter kritisiert sie, dass Herr Stadtrat Rausch zu den Ziffern 2, 3 und 4 das Gutachten des Rechtsamtes in seiner Begründung wiederholt.

Sie teilt mit und kritisiert, dass aufgrund ihrer Abwesenheit an der Stadtverordnetensitzung am 20.09.2007 keine Beschlussfassung in diesem Punkt erfolgt sei.

**5. Entwurf der Geschäftsordnung für die Ortsbeiräte;
Schreiben des Rechtsamtes vom 26.07.2007 (liegt bereits vor)**

Frau Koch-Michel schlägt vor, die Punkte 5 und 5.1 zusammen aufzurufen.
Hierzu erhebt sich kein Widerspruch.

**5.1. Geschäftsordnung der Ortsbeiräte
- Antrag der Bürgerliste Lützellinden und der LWG-
Fraktion vom 19.10.1007 -**

OBR/1298/2007

Antrag:

Der Entwurf der Geschäftsordnung der Ortsbeiräte liegt zur Beratung und Stellung-

nahme vor. In dem Entwurf sind wesentliche Punkte der Forderungen der Ortsbeiräte Allendorf, Kleinlinden, Lützellinden und Wieseck und die Ergebnisse der Arbeitstreffen der Ortsbeiräte nicht berücksichtigt.

Als Begründung für kein Rederecht der Ortsbeiräte wird auf das Fehlen einer solchen Formulierung auf die Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung verwiesen. Bei Beratung dieser lagen jedoch die Anträge der Ortsbeiräte mit den entsprechenden Forderungen vor. Es fehlten dem Magistrat jedoch politischer Handlungswille den Forderungen entsprechende Taten folgen zu lassen.

Der Ortsbeirat Lützellinden stellt vor diesem Hintergrund dazu folgenden Antrag:

Der Magistrat wird aufgefordert, eine Bestandsaufnahme vorzulegen, der die Wünsche der Ortsbeiräte betreffs mehr Rechten aufgreift. Dieser ist vor Verabschiedung der Geschäftsordnung der Ortsbeiräte vorzulegen.

Begründung:

Die Hessische Gemeindeordnung räumt den Ortsbeiräten vor allem Anhörungs- und Vorschlagsrechte ein. De facto entscheidet jedoch der Magistrat, was wichtige Stadtteilthemen sind. So kommt es in den Ortsbeiräten zu Unmut, da sie in wichtige Willensbildungsprozesse nicht mit eingebunden werden.

Bemängelnd werden muss darüber hinaus, dass der Magistrat keine Antworten oder unzureichende Antworten auf Anträge, Anfragen erteilt. Ein Antrags- und Rederecht der Ortsbeiräte wird mit Hinweis auf die rechtlichen Grundlagen der HGO abgelehnt. § 82 HGO sieht kein Rederecht vor, verbietet es aber auch nicht. Einer Aufnahme eines Rederechtes in der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung steht lediglich mangelnder Umsetzungswille im Weg. Um den Forderungen der Ortsbeiräte Gehör zu verschaffen, bleibt oftmals nur der Weg über die politischen Fraktionen im Stadtparlament, da diese ebenso wie der Magistrat über ein Antrags- und Rederecht verfügen. Geht man davon aus, dass die Parlamentsabstimmungen am Ende eines Entscheidungsprozesses stehen, so hätte ein Rederecht den Vorteil, die Interessen der Ortsteile besser zu vertreten und darzustellen.

In den Ausschüssen besitzen betroffene Bürger, zu denen auch die Mitglieder der Ortsbeiräte zählen, auf Antrag ein Rederecht. Nicht nachvollziehbar ist daher das Rederecht in der Stadtverordnetenversammlung zu verweigern. Auch im Rahmen der Verwaltungsreform ist eine stärkere Orientierung am Bürger ein zentrales Element. Lokale, stadtteilbezogene Probleme werden gerne Ortsbeiratsmitgliedern vorgetragen, da bei diesen die persönliche Distanz geringer ist.

Die Einschätzung der Lokalpolitiker, welche Ansprechpartner für die Bürger sind, ist daher von wichtiger Bedeutung. Vor diesem Hintergrund zeigt sich unter vielen Ortsbeiratsmitgliedern eine starke Unzufriedenheit mit der Rolle der Ortsbeiräte in der Kommunalpolitik. Solange wichtige Interessen der Bürger über die Beiräte kanalisiert werden und den Ortsbeiräten keine endgültigen Entscheidungsrechte zugesprochen werden, sollten sie zumindest rechtzeitig vom Parlament und Verwaltung in die Entscheidungsfindung einbezogen werden. Bei rechtzeitiger Mitwirkung der Ortsbeiräte können die Entscheidungen eine erhöhte Legitimation erhalten und mögliche

Widerstände und Blockaden vermieden werden. Vor diesem Hintergrund ist es dem Magistrat dringend anzuraten, die Rechte der Ortsbeiräte zu stärken und sich nicht hinter formellen oder juristischen Gründen zu verstecken.

Besteht hier kein Umsetzungswille, so ist zu überlegen, ob die Installierung von Ortsbeiräten noch Sinn macht oder man sie abschaffen sollte. Als „unbeliebtes, lästiges Stiefkind“ Hilfsorgan, Alibidienste weiterhin auszuführen, wird dem eigentlichen Ansinnen, einer Bürgervertretertschaft nicht gerecht und schürt weitere Politikverdrossenheit.

Diskussion:

Frau Koch-Michel fügt dem Antrag noch einen **Ergänzungsantrag** hinzu.

Der Ergänzungsantrag beinhaltet:

Der Magistrat wird gebeten, die mehrheitlich beschlossenen Punkte 1-4 des Antrages OBR/0378/2006 vom 13.09.2006,

1. Der Magistrat verpflichtet sich, den Ortsbeirat rechtzeitig und umfassend über beabsichtigte städtische Maßnahmen vor Ort zu informieren.

Mehrheitlich beschlossen bei 8 Ja-Stimmen: CDU, SPD, LWG, BLG, 1 Nein-Stimme: CDU

Ergänzung zu Punkt 1:

Bei Grundstücksankäufen/Grundstücksverkäufen im Stadtteil ist der Ortsbeirat ebenfalls zu hören.

2. *Der Magistrat verpflichtet sich, Anträge und Anfragen der Ortsbeiräte zeitnah, spätestens innerhalb einer Frist von 6 Wochen, schriftlich zu beantworten.*

Mehrheitlich beschlossen bei 8 Ja-Stimmen: CDU, SPD, LWG; BLG, 1 Nein-Stimme: CDU

Ergänzung zu Punkt 2:

Wochen, analog zur Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung § 28. Sollte in Ausnahmefällen die Antwort nicht rechtzeitig erfolgen können, so ist diese bis zur übernächsten Sitzung, unter Angabe einer Begründung für die Verspätung, schriftlich zu erfolgen.

3. Dem Ortsbeirat in Person des Ortsvorstehers wird eine förmliche Anhörung in Form eines Rederechtes in den Ausschüssen/ Stadtverordnetenversammlung zugestanden. Dies ist entsprechend in der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen.

Mehrheitlich beschlossen bei 6 Ja-Stimmen: SPD, LWG, BLG, 3 Nein-Stimmen: CDU

4. Der Magistrat verpflichtet sich, zu den Sitzungen der Ortsbeiräte den zuständigen Dezernenten oder dessen Vertretung zu entsenden. Auf Anforderung des Ortsbeirates sollen Vertreter der Fachämter an der Sitzung teilnehmen. Der zuständige Dezernent sollte vorbereitet sein und Auskunft geben können.

Mehrheitlich beschlossen bei 6 Ja-Stimmen: SPD, LWG, BLG, 3 Nein-Stimmen: CDU

mit den Ergänzungen in Punkt 1-2, in die Neufassung der Geschäftsordnung der Ortsbeiräte aufzunehmen.

Frau Koch-Michel trägt sowohl den Antrag als auch den Ergänzungsantrag vor.

Herr Krieger berichtet von einem Treffen der Ortsvorsteher, um die Stellungnahme der Ortsbeiräte vorzubereiten.

Die Ergänzungspunkte sollen mit Herrn Oberbürgermeister Haumann besprochen werden und mit in die neue Geschäftsordnung einfließen.

Herr Stadtrat Dr. Kölb nimmt zum Ergänzungsantrag wie folgt Stellung:

Zu Punkt 1 des Ergänzungsantrages:

Der Ortsbeirat ist bei den Grundstücksankäufen und Grundstücksverkäufen beteiligt.

Herr Schmidt weist darauf hin, dass im Entwurf der neuen Geschäftsordnung bei § 1 Abs. 3 der Passus „bei Grundstücksan- und -verkäufen ist der Ortsbeirat ebenfalls zu hören, fehlt.

Herr Stadtrat Dr. Kölb sichert eine Überprüfung zu.

Weiter teilt Herr Stadtrat Dr. Kölb mit, dass das Rechtsamt der Stadt Gießen bereits zu den einzelnen geforderten Punkten geantwortet habe.

Zu Punkt 2:

Herr Stadtrat Dr. Kölb befürwortet eine Begründung durch den Magistrat, wenn die Frist von 6 Wochen überschritten werden sollte.

Zu Punkt 3:

Lt. Herrn Stadtrat Dr. Kölb liegt die Entscheidung nicht im Ermessen des Magistrates. § 82 der HGO sieht kein Rederecht für den Ortsbeirat in Person des Ortsvorstehers vor.

Zu Punkt 4:

Herr Stadtrat Dr. Kölb führt aus, dass Punkt 4 nicht im Zusammenhang mit der

Geschäftsordnung der Ortsbeiräte steht. Nach § 82 Abs. 7 HGO hat der Magistrat das Recht, **nicht die Pflicht**, an den Sitzungen der Ortsbeiräte teilzunehmen.

Im Ermessen des Magistrates oder dem zuständigen Dezernenten liegt es, ob Vertreter von Fachämtern an den Sitzungen des Ortsbeirates teilnehmen. Die Geschäftsordnung kann auch nicht vorgeben, wie weit der zuständige Dezernent vorbereitet sein und Auskunft erteilen können soll, vielmehr ist diese auch für Wahlbeamte geltende Pflicht beamtenrechtlich geregelt.

Herr Stadtrat Dr. Kölb sagt zu, diese Anregungen gegebenenfalls mit in den Entwurf der Geschäftsordnung aufzunehmen und der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen.

An der weiteren Beratung beteiligen sich Frau Koch-Michel, Herr Dr. Kölb, Herr Zörb, Herr Krieger und Ortsvorsteher Asboe.

Herr Krieger kritisiert im Entwurf die Redezeit.

Herr Krieger erklärt für die SPD-Fraktion, diesen Antrag (Stellungnahme) und den Ergänzungsantrag als gemeinschaftlichen Antrag zu unterstützen. Antragstellende Fraktionen sind demnach die Bürgerliste Lützellinden, die LWG-Fraktion und die SPD-Fraktion.

Ortsvorsteher Asboe gibt zu Protokoll, dass er der Stellungnahme wegen der Begründung (letzter Absatz der Stellungnahme) nicht zustimmen werde. Er müsse sonst das Schreiben des Rechtsamtes ignorieren.

Beratungsergebnis:

- Ergänzungsantrag: mehrheitlich beschlossen (Bei 6 Ja-Stimmen - Bürgerliste Lützellinden, LWG-Fraktion, SPD-Fraktion - und 2 Nein-Stimmen - CDU-Fraktion - und 1 Enthaltung - CDU-Fraktion -).
- Eigentlicher Antrag (Stellungnahme) mehrheitlich beschlossen (Bei 6 Ja-Stimmen - Bürgerliste Lützellinden, LWG-Fraktion, SPD-Fraktion - und 3 Nein-Stimmen - CDU-Fraktion -).

**6. Schülerbetreuung an der Grundschule in Lützellinden
- Antrag der Bürgerliste Lützellinden vom 19.10.2007 -**

OBR/1292/2007

Antrag:

Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten zu berichten, ob eine Schülerbetreuung an der Grundschule in Lützellinden vorhanden ist und

- Wer stellt das Betreuungspersonal zur Verfügung,
- wer übernimmt die Personalkosten,
- in welchem Zeitrahmen findet Betreuung statt und ist diese über einen längeren Zeitraum gewährleistet oder nur für ein Schuljahr begrenzt,
- wie viele Schüler sind in Betreuung und wie lange,
- wie viel Anmeldungen liegen für das Schuljahr 2008/2009 vor.

Diskussion:

Frau Koch-Michel trägt den Antrag vor und begründet ihn.

Beratungsergebnis: Ohne weitere Diskussion einstimmig beschlossen.

**7. Änderung des Schulwegeplanes im Stadtteil Lützellinden OBR/1293/2007
- Antrag der Bürgerliste Lützellinden vom 19.10.2007 -**

Antrag:

Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten zu berichten, ob in Kürze mit der Änderung des Schulwegeplanes, wie bereits mehrfach vom Ortsbeirat gefordert, zu rechnen ist.

Welche Hinderungsgründe bestehen von Seiten des Magistrats, diese wichtige Änderung nicht umzusetzen und stattdessen den Ortsbeirat Lützellinden in dieser Angelegenheit zu verträsten oder keine Antwort zu erteilen.

Diskussion:

Frau Koch-Michel trägt den Antrag vor und begründet ihn.

Herr Stadtrat Dr. Kölb verliest hierzu das Antwortschreiben des Stadtrates Herrn Rausch zum Antrag vom 08.11.2006.

Herr Stadtrat Dr. Kölb macht folgenden Vorschlag, die Begründung des Antrages wie folgt zu ergänzen, den Frau Koch-Michel übernimmt:

Der Ortsbeirat ist der Auffassung, dass auch aufgrund der erfolgten Bebauung am „Langen Strich“ sich unter Umständen das, was vor einem Jahr festgestellt worden ist, geändert hat.

Beratungsergebnis: Geändert einstimmig beschlossen.

8. Sanierung Bitzenstraße **OBR/1294/2007**
- Antrag der Bürgerliste Lützellinden vom 19.10.2007 -

Antrag:

Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten zu berichten, ob beabsichtigt ist, die Sanierung der Bitzenstraße im kommenden Jahr vornehmen zu lassen. Kann der Magistrat zusichern, dass es bei einem Kostenanteil von 25 % für die Anlieger bei einer grundhaften Erneuerung (vorbehaltlich der Zustimmung des Magistrats bei Abschluss der Maßnahme) bleibt. Werden die notwendigen Haushaltsmittel noch eingestellt?

Diskussion:

Frau Koch-Michel trägt den Antrag vor und begründet ihn.

Sie wirft die Frage auf, ob die Kosten sich verringern, da auch die Buslinie 11 durch die Straße fährt.

Die Qualifizierung einer Straße wird lt. Herrn Dr. Kölb zu Beginn festgelegt.

Herr Krieger erinnert daran, dass bereits in 1993 oder 1994 Pläne zur Sanierung bzw. grundhafte Erneuerung existiert haben.

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

9. Kreisverkehr Lützellinden/Allendorf/Kleinlinden; **OBR/1295/2007**
hier: Abhalten einer Beratungsveranstaltung und
Hinzuziehung von Sachverständigen
- Antrag der Bürgerliste Lützellinden vom 19.10.2007 -

Antrag:

Der Ortsbeirat Lützellinden beauftragt den Ortsvorsteher eine Beratungsveranstaltung zum Thema Kreisverkehr zu planen und in einer kommenden Ortsbeiratssitzung abzuhalten.

Zu der Informationsveranstaltung sollten im Rahmen der internen Willensbildung Sachverständige und Vertreter von Bevölkerungsgruppen eingeladen werden. Als Gäste sollten der Bürgermeister von Linden, Herr Dr. Lenz und die Ortsvorsteher von Allendorf und Kleinlinden eingeladen werden.

Diskussion:

Frau Koch-Michel trägt den Antrag vor und begründet ihn.

Herr Stadtrat Dr. Kölb teilt mit, dass das Rechtsamt diesen Antrag überprüfen wird.

Frau Koch-Michel wünscht wörtliche Protokollierung der Aussage des Ortsvorstehers Asboe: *„Ich habe da schon meine Schwierigkeiten. Ich möchte erst mal, weil ich da direkt darauf angesprochen bin, ich lasse das dann sowieso prüfen, ...nicht verstanden...eine Beratungsveranstaltung habe ich überhaupt nicht in der HGO gefunden und der Kreisverkehr liegt auch nicht auf dem Ortsgebiet Lützellinden. Das sind schon so ein paar Punkte, die mir da zum Denken Anlass geben, das bitte ich nur mal zu bedenken.“*

An der weiteren Beratung beteiligen sich Herr Sames, Frau Norsch und Herr Zörb.

Frau Koch-Michel teilt mit, dass aus der Tagespresse zu erfahren war, dass in Hüttenberg ein Kreisel 323.680,00 Euro gekostet habe und vom Land Hessen in das Landesförderprogramm aufgenommen wurde, d. h. die Gemeinde Hüttenberg tritt in Vorlage der Kosten, das Land Hessen erstattet die Kosten ratenweise an die Gemeinde zurück. Die Stadt oder Gemeinde brauche nur einen Antrag an das Land Hessen zu stellen. Das Landesförderprogramm laufe noch bis Ende 2008.

Frau Koch-Michel kritisiert, dass der Ortsvorsteher lt. HGO eine Mittlerrolle einnimmt und sich hier dem mehrheitlichen Beschluss nicht stellen wolle und ihm die Überlegung nahe legt, als Ortsvorsteher zurückzutreten.

Ortsvorsteher Asboe betont, dass in der HGO von keiner Mittlerrolle die Rede ist. Außerdem sei seiner Meinung nach die Meinungsbildung im Ortsbeirat bereits erfolgt und damit ein Hearing entbehrlich. Herr Stadtrat Rausch habe zudem den Ortsbeirat mit genügend Informationen versorgt.

Frau Koch-Michel weist die Behauptung hinsichtlich Meinungsbildung zurück.

Ortsvorsteher Asboe bittet um Weiterleitung dieses Antrages zur Überprüfung an das Rechtsamt.

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen (bei 6 Ja-Stimmen - Bürgerliste Lützellinden, LWG-Fraktion, SPD-Fraktion - und 2 Nein-Stimmen - CDU-Fraktion - und 1 Enthaltung - CDU-Fraktion -).

10. Untersuchung der Kanäle im Stadtteil Lützellinden; OBR/1296/2007
hier: unzureichende Antwort des Magistrats zum
Kanalnetz in Lützellinden
- Antrag der Bürgerliste Lützellinden vom 19.10.2007 -

Antrag:

Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten zu berichten, ob eine Untersuchung der Kanäle stattgefunden hat. Weiterhin wird gebeten zu berichten:

- In welchen Straßen wurden Kanäle bisher untersucht und mit welchem Ergebnis?
- Wie ist der Durchschnitt der untersuchten Kanäle und aus welchen Jahren stammen diese?
- In welchem Zeitraum müssen lt. Eigenkontrollverordnung Kanäle diese überprüft werden und welche stehen noch in welchem Zeitraum an?
- Welche bisher untersuchten Kanäle/Kanalabschnitte wurden als sanierungsbedürftig und mit welcher Dringlichkeit eingestuft?

Diskussion:

Frau Koch-Michel trägt den Antrag vor und begründet ihn.

Herr Krieger möchte von Herrn Stadtrat Dr. Kölb wissen, ob das neue Regenrückhaltebecken, das für die „Rechtenbacher Hohl“ gebaut wurde, etwas mit dem Hochwasser in den Kellern zu tun hatte.

Weiter möchte er einen Plan mit Kanalnetz zur Verfügung gestellt bekommen haben.

Herr Stadtrat Dr. Kölb verweist auf die Sitzung des Ortsbeirates im September 2007, an der Herr Stadtrat Rausch teilgenommen hatte.

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

11. Verkehrsführung Buslinie 11 OBR/1297/2007
- Antrag der Bürgerliste Lützellinden vom 19.10.2007 -

Antrag:

Der Ortsbeirat Lützellinden beauftragt den Ortsvorsteher in seiner Funktion als „Mittlerrolle“ sich beim Magistrat dafür einzusetzen, dass die Linienführung der Buslinie 11 überdacht und im Sinne der mehrheitlichen Beschlüsse des Ortsbeirates und der Bürger/Bürgerinnen geändert wird.

Diskussion:

Frau Koch-Michel trägt den Antrag vor und begründet ihn.

Herr Stadtrat Dr. Kölb berichtet von einer Zählung, die durchgeführt wurde. Es seien nur 21 Fahrgäste festgestellt worden und dies stehe in keinem Verhältnis zu den Kosten.

Herr Krieger kritisiert, dass ausgerechnet Lützellinden keine Stadtbuslinie, wohl aber Wieseck, Allendorf, Kleinlinden und Rödgen eine Stadtbuslinie haben.

Frau Koch-Michel kritisiert, dass nach der Neugestaltung des Marktplatzes die Linie 11 nicht mehr berücksichtigt wurde.

Herr Krieger schlägt vor, dass der Bus auch über die Bahnhofstraße und/oder Neustädt Tor fahren könne.

Ortsvorsteher Asboe will den Antrag an Herrn Stadtrat Rausch weiterleiten.

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

12. **Interkommunales Gewerbegebiet "Pfaffenpfad" und Großgewerbefläche Lützellinden;** **OBR/1299/2007**
hier: Unzureichende Antwort des Magistrats
- Antrag der Bürgerliste Lützellinden und der LWG-Fraktion vom 21.10.2007 -
-

Antrag:

Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten die 2. Frage des Antrages der LWG-Fraktion vom 01.09.2007 zum Gewerbegebiet „Pfaffenpfad“ zu beantworten („Wie sieht die generelle Position der Universitätsstadt Gießen zu diesem Gewerbegebiet aus?“).

Weiterhin wird der Magistrat gebeten zu berichten, ob im Falle der Realisierung des Interkommunalen Gewerbegebietes „Pfaffenpfad“/„Rechtenbacher Hohl“ der Magistrat beabsichtigt, die Großgewerbefläche Lützellinden weiterhin zu realisieren und mit welchen Planungsschritten, in welchem Zeitraum zu rechnen sein wird.

Diskussion:

Herr Schmidt trägt den Antrag vor und begründet ihn.

Herr Stadtrat Dr. Kölb bestätigt, dass die Großgewerbefläche Lützellinden in der Planung bleibt, werde aber um 11 Hektar reduziert werden.

Die Umlandgemeinden würden auch Flächen aufgeben, das geplante Gewerbegebiet „Pfaffenpfad“ würde verkleinert.

Herr Stadtrat Dr. Kölb betont, dass er nur wiederholt, was in den Ausschüssen und in der Presse gesagt wurde. Frau Koch-Michel besteht auf schriftliche Beantwortung des Antrages durch Herrn Stadtrat Rausch.

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen (bei 6 Ja-Stimmen - Bürgerliste Lützellinden, LWG-Fraktion, SPD-Fraktion - und 2 Nein-Stimmen - CDU-Fraktion - und 1 Enthaltung - CDU-Fraktion -).

**13. Bürgerversammlung zum Thema "gewerbliche Großfläche in Lützellinden" und "Rechtenbacher Hohl"; OBR/0379/2006
Antrag der Bürgerliste Lützellinden vom 02.09.2006**

Antrag:

Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten, eine Bürgerversammlung zum aktuellen Sachstand der gewerblichen Großfläche und dem Gewerbegebiet „Rechtenbacher Hohl“ durchzuführen.

Diskussion:

Frau Koch-Michel trägt den Antrag vor und begründet ihn. Sie möchte dem Punkt noch „Pfaffenpfad“ hinzufügen und den Antrag wie folgt erweitern:

Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten, eine Bürgerversammlung zum aktuellen Sachstand der gewerblichen Großfläche und dem Gewerbegebiet „Rechtenbacher Hohl“ und „Pfaffenpfad“ durchzuführen.

Bei der Versammlung sollten die Umlandbürgermeister Dr. Lenz aus Linden und Dr. Schmidt aus Rechtenbach eingeladen werden.

Frau Koch-Michel hält es für sehr wichtig, die Bürger zu einer Versammlung einzuladen, um die Meinungen zu hören.

Herr Stadtrat Dr. Kölb verweist auf seine Ausführungen zu TOP 12.

An der abschließenden Beratung beteiligen sich Herr Zörb, Frau Norsch und Ortsvorsteher Asboe.

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen (bei 7 Ja-Stimmen - Bürgerliste Lützellinden, LWG-Fraktion, SPD-Fraktion, CDU-Fraktion - und 2 Nein-Stimmen - CDU-Fraktion -).

**14. Überprüfung des Bebauungsplanes "Rechtenbacher Hohl" OBR/1300/2007
- Antrag der Bürgerliste Lützellinden und LWG-Fraktion
vom 21.10.2007 -**

Antrag:

Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten zu berichten, ob es zutreffend ist, dass der Satzungsbeschluss des Bebauungsplanes „Rechtenbacher Hohl“ derzeit von Seiten des Regierungspräsidiums Gießen überprüft wird, da dem Bebauungsplan wichtige Bestandteile, wie die Darstellung der Ver- und Entsorgung des Gebietes, fehlen.

Weiterhin wird gebeten zu berichten, warum zum jetzigen Zeitpunkt eine Ausschreibung für den Bau eines Kreisverkehrs erfolgt ist. Im Haushaltsplan 2006 wurden dazu 100.000 € veranschlagt, im Haushaltsplan 2007 sind 160.000 € für den Straßenbau „Rechtenbacher Hohl“ vorgesehen. Steht die geplante verkehrliche Maßnahme zum jetzigen Zeitpunkt nicht im Widerspruch zur Planung „interkommunales Gewerbegebiet Pfaffenpfad“ und der bisher ausbleibenden Investorennachfrage im Gebiet „Rechtenbacher Hohl“.

Wie stellt sich der Magistrat die Umsetzung der Ver- und Entsorgung des Gebietes vor, die bisher ungeklärt ist und für die keine Haushaltsmittel eingeplant sind. Um sinnvoll und wirkungsvoll Investoren für dieses Gebiet zu interessieren, sollte der Magistrat vorrangig, aber ebenso gleichrangig die Entsorgung vorsehen.

Diskussion:

Herr Schmidt trägt den Antrag vor.

Ortsvorsteher Asboe verweist auf das Schreiben des Magistrates vom 30.10.2007.

Frau Koch-Michel weist darauf hin, dass die Ver- und Entsorgungsleitungen zu kurz seien, um das Gebiet zu erschließen. Sie möchte wissen, wo die Leitungen angeschlossen werden. Problematisch sei es, das Schmutzwasser nach Linden in die Kläranlage zu leiten, da es noch keine Kläranlage gibt.

Herr Stadtrat Dr. Kölb möchte im Protokoll festgehalten haben, dass lt. eigener Aussage von Frau Koch-Michel sie „kein Fachmann“ sei.

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

**15. Verwendung der Gebäude der Feuerwehr;
Gemeinsamer Antrag des Ortsbeirates Lützellinden vom
19.10.2007**

OBR/1305/2007

Antrag:

Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen möge von der uns durch Schreiben vom 16.07.2007 mitgeteilten Absicht, das Gebäude „Am Backhaus 5“ zu veräußern, Abstand nehmen, da die Vereine NABU, Ortsgruppe Lützellinden, Landfrauenverein Hüttenberg/Lützellinden, MGV 1877 Lützellinden, LCV Lützellinden, Burschenschaft Fidelio und der SPD Ortsverband Lützellinden Raumbedarf haben, der durch Nutzung dieser Liegenschaft gedeckt werden kann (Gruppenräume für Jugendarbeit, Vorstandszimmer, Archivräume, Lagerräume usw.).

Die Verwendung der Garagen und des Unterrichtsraumes sollte für die Vereine zur Verfügung gestellt werden. Die Nutzung ergibt sich aus den beigefügten Schreiben der Vereine. Die Nutzung des Gemeindesaales ist durch den Umzug wahrscheinlich nicht betroffen; um Bestätigung wird gebeten. Hinsichtlich der nötigen baulichen Änderung zur besseren Nutzung des Gemeindesaales (Toiletten und Küche bzw. behindertengerechter Zugang) sollte im Rahmen eines Ortstermins beraten werden. Die Burschenschaft Fidelio hat dringenden Bedarf an Unterstellmöglichkeiten ihres Equipments, das bei den verschiedenen Veranstaltungen genutzt wird und derzeit im Ort verteilt in privaten Räumen gelagert wird. Die derzeit von der Feuerwehr genutzte Garage im Bullenstall sollte dem Verein zur Nutzung zur Verfügung gestellt werden, da hierfür keine beheizten Räume erforderlich sind.

Da die Vereine zur Fortsetzung ihrer erfolgreichen Arbeit diese Unterstützung dringend benötigen, sollte dem Antrag des Ortsbeirats, er sich aus einem gemeinsamen Gesprächstermin ergab, entsprochen werden.

Diskussion:

Ortsvorsteher Asboe trägt seinen Antrag vor und begründet ihn.

Die Stellungnahmen der Lützellindener Burschenschaft „Fidelio“ e.V., des Männergesangvereines 1877 Lützellinden, des Lützellindener Carnevalsvereines 1962 e.V, des Naturschutzbundes Deutschland Ortsgruppe Lützellinden e.V. und des Landfrauenvereines Hüttenberg-Lützellinden sind als Anlage dem Protokoll beigefügt.

Die LWG-Fraktion, die SPD-Fraktion und die Bürgerliste Lützellinden bringen folgenden **Initiativantrag** ein.

Verwendung der Gebäude Feuerwehr, OBR/1305/2007

Antrag:

Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird aufgefordert,

- *die von der freiwilligen Feuerwehr Lützellinden derzeit genutzten Gebäude, Am Dorfplatz und am Backhaus 5, nach deren Auszug, nicht zu veräußern*

- Der Magistrat wird gebeten eine Planungskonzept für die Liegenschaft, unter Bezugnahme der Planungen zum Dorferneuerungsprogramm, vorzulegen.
- Die Konzeption der Planungen sollte unter Teilnahme der Fachbehörden und Beteiligung des Ortsbeirates, zeitnah, nach Auszug der Feuerwehr, erfolgen. Die Ortsansässigen Verein, die Raumbedarf angemeldet haben, sollten frühzeitig in die Planungen mit einbezogen werden.
- Entsprechende finanzielle Mittel sind im Haushaltsplan zu veranschlagen.

Auf den Raumbedarf der Vereine wird auf den beschlossenen Antrag vom 27.06.2007, nebst Protokoll, verwiesen.

An der weiteren Beratung beteiligen sich Frau Norsch, Frau Koch-Michel, Ortsvorsteher Asboe und Herr Dr. Kölb.

Ortsvorsteher Asboe möchte über die beiden Anträge getrennt abgestimmt haben.

Beratungsergebnis:

- Der Initiativantrag wird mehrheitlich beschlossen (bei 6 Ja-Stimmen - LWG-Fraktion, Bürgerliste Lützellinden, SPD-Fraktion - und 3 Enthaltungen - CDU-Fraktion -).
- Der Antrag des Ortsvorstehers wird mehrheitlich beschlossen (bei 4 Ja-Stimmen - CDU-Fraktion, LWG-Fraktion -, 1 Nein-Stimme - SPD-Fraktion - und 4 Enthaltungen - Bürgerliste Lützellinden, LWG-Fraktion, SPD-Fraktion -).

16. Mitteilungen und Anfragen

Termin für die nächste Sitzung des Ortsbeirates

Die nächste Sitzung des Ortsbeirates findet am Mittwoch, **05.12.2007, 20:00 Uhr**, statt.

17. Bürgerfragestunde

Schülerbetreuung an der Grundschule in Lützellinden

Herr Schneider möchte wissen, ob der Vertrag für die Schülerbetreuung verlängert wird, da er befristet ist bis Ende August 2008. Die Eltern seien sehr verunsichert. Auch besteht ein Mehrbedarf an den zu betreuenden Stunden durch die Schülerbetreuung, d.h. die Betreuungszeit muss ausgedehnt werden.

Herr Stadtrat Dr. Kölb versichert, dass die Befristung bei der Schülerbetreuung lediglich zur Absicherung des Bedarfs vorgenommen werde, die Betreuung aber

nicht auf dem Prüfstand stehe. Er sagt eine schriftliche Beantwortung durch Herrn Sauer zu.

Frau Tianis erklärt, dass es wichtig ist zu wissen, ob ein Kind 4 Jahre lang in der Schülerbetreuung betreut werden kann. Viele Mütter sind berufstätig und müssten sonst ihre berufliche Tätigkeit unterbrechen bzw. aufgeben, wenn die Schülerbetreuung aufgegeben würde.

Schulwegeplan

Herr Schneider teilt mit, dass die Sicherheit für die ca. 40 Kinder aus dem Neubaugebiet und der Falltorstraße verstärkt werden muss und fragt nach, ob der Schulwegeplan geändert wird. Der Schulelternbeirat habe bereits ein Schreiben an das Schulverwaltungsamt geschickt.

Herr Stadtrat Dr. Kölb will sich mit dem Leiter des Schulverwaltungsamtes, Herrn Sauer, in Verbindung setzen.

Untersuchung der Kanäle im Stadtteil Lützellinden

Herr Schneider ist Betroffener des diesjährigen Hochwassers. Das Überlaufbecken sei voll gewesen, in der Taunusstraße und der Lindenstraße standen zweimal die Keller unter Wasser. Er möchte wissen, warum die Keller überflutet waren, ob vielleicht die Rohre „zu eng“ sind. Außerdem möchte er wissen, was hinsichtlich dieser Problematik geschieht, wenn das Gewerbegebiet kommt.

Schwimmbad Lützellinden

Herr Schneider möchte wissen, was mit dem Schwimmbad geschieht, da der Pachtvertrag zwischen Stadtwerke und Stadt Gießen nächstes Jahr endet. Das Schwimmbad müsse erhalten bleiben, denn für alle Vereine, gerade wegen der Jugendarbeit, ist das Schwimmbad sehr wichtig.

Gewerbegebiet „Rechtenbacher Hohl“

Ein Bürger erklärt, dass die Bürger in Lützellinden ein Mitspracherecht in Sitzungen erhalten sollten. Er war bei der öffentlichen Bauausschusssitzung der Stadt Linden, in der die Ausschussmitglieder einstimmig über das Gewerbegebiet „Pfaffenpfad“ abgestimmt haben. Er berichtet, dass im Gewerbegebiet „Pfaffenpfad“ auch industrielle Bauplätze angesiedelt werden sollen. 5 Bürgermeister hätten ihre Zustimmung erklärt, Flächen abzugeben.

Frau Koch-Michel möchte folgende Äußerung von Herrn Stadtrat Dr. Kölb im Protokoll festgehalten haben:

Herr Stadtrat Dr. Kölb zu Frau Koch-Michel: „*Sie waren bisher in der*

Stadtverordnetenversammlung nach meiner Wahrnehmung das Sprachrohr von Dr. Lenz.“

Halle am Rückhaltebecken

Ein Bürger berichtet, dass an der Halle („Engel“) sich lose Platten auf dem Dach befinden und dies eine Gefahr für die Sicherheit darstellen. Er bittet um Abhilfe.

Ortsvorsteher Asboe will mit dem Ordnungsamt in Kontakt treten.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Ortsvorsteher die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

Die nächste Sitzung des Ortsbeirates findet am Mittwoch, 05. Dezember 2007, um 20:00 Uhr statt.

Antragsschluss bei der Geschäftsstelle ist Montag, 26. November 2007, 08:00 Uhr.

gez.
Jörg Asboe
Ortsvorsteher

Sandra Walther
Schriftführerin